

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Marvin Hager

Ausschussmitglied Christina Heide

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussvorsitzender Martin Ehlers

Mitglied Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW

Beigeordneter Markus Bulla

Ausschussmitglied Darwin Reinhard

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Ausschussmitglied Martin Burkhardt

Arbeitnehmervertretung

Stimmberechtigter Sachverständiger Patrick Walter

Stadtelternrat

Stimmberechtigter Sachverständiger Carlo Cottin

Stimmberechtigter Sachverständiger Uwe Sassenburg

Vertretung der Lehrkräfte der Berufsbildenden Schulen

Stimmberechtigter Sachverständiger Matthias Thode

Vertretung der Lehrkräfte der allgemeinbildenden Schulen

Stimmberechtigte Sachverständige Heike Prinz

Gastgebende Schule

Herr Lagumdzie

Gäste aus den Schulen

Frau Löbach und Herr Piossek (beide BBS), Frau Oltmanns (Grundschule Rheinstraße)

Verwaltung

Erster Stadtrat Herr Schönfelder, Herr Brandt, Herr Stähr

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Tagesordnung
- 3 Vorlagen an den Rat

- 3.1 Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Erarbeitung eines Konzeptes zur inklusiven Schullandschaft für den Schulstandort Wilhelmshaven **610/2023**
- 4 Mitteilungen und Anfragen
 - 4.1 Brandschutz an Schulen – Information
 - 4.2 BBS - Information zu Arbeitsschutz/Unfallverhütung/Sicherheit
 - 4.3 Lernräume der Zukunft - Medienzentrum an der BBS/Sachstand
 - 4.4 Schulentwicklungsplanung – Sachstand
 - 4.5 Grundschule Rheinstraße - Nachmittagsbetreuung/Sachstand
 - 4.6 Grundschule Rheinstraße - Ebertstr. 96/Sachstand
 - 4.7 Schülerehrung – Information
 - 4.8 Anfrage zu einem Pressebericht

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende **Herr Ehlers** eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird genehmigt.

3 Vorlagen an den Rat

3.1 Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Erarbeitung eines Konzeptes zur inklusiven Schullandschaft für den Schulstandort Wilhelmshaven **610/2023**

Herr Bulla verweist auf die vorangegangene Diskussion, verliest den Antrag und bittet um einhellige Zustimmung als klares Signal an die Verwaltung.

Eine Arbeitsgruppe zur Konzeptvorbereitung, so **Herr Brandt**, sollte aus Schulleitungen, dem RZI, der RLSB und dem FB 40 bestehen. **Frau Heide** bietet ihre Mitarbeit an. **Herr Burkhardt** fordert die Teilnahme von GGS wegen der baulichen Aspekte sowie von StER und SSR.

Herr Ehlers ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss: Einstimmig beschlossen.

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, insbesondere in Zusammenarbeit mit den Schulleitungen des Förderzentrums Wilhelmshaven, der Hafenschule, der MDS und dem Regionalen Landesamt für Schule und Bildung bis spätestens Mai 2024 eine entsprechende Empfehlung für die Politik vorzubereiten, in der ein Konzept der inklusiven Schullandschaft für den Schulstandort Wilhelmshaven vorgeschlagen wird. Die Ergebnisse der Schulentwicklungsplanung werden darin

verknüpft. Damit die Umsetzung erfolgreich verlaufen kann, soll die Entwicklung über die Schule hinausgedacht und das soziale Umfeld einbezogen werden.

Ziel ist die wohnortnahe "Schule für alle". Wenn diese sofort qualitativ angemessen noch nicht flächendeckend angeboten werden kann, soll auf dem Weg dahin so viel gemeinsamer Unterricht wie möglich gewährleistet werden – im Übergang z. B. durch inklusive Schwerpunktschulen, auch wenn sie für einige Schüler*innen längere Schulwege nötig machen.

Der Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven hat für entsprechende Umbaumaßnahmen ab dem Haushalt 2025ff mögliche Ressourcen zu berechnen.

Begründung: Siehe Begründung Vorlage-Nr. 552/2023

4 Mitteilungen und Anfragen

4.1 Brandschutz an Schulen - Information

Herr Brandt verweist auf eine erfolgte Brandschutzübung an der Grundschule Wiesenhof. Dabei wurde festgestellt, dass z. T. Brandmelder nicht funktionieren. Diese Melder werden zurückgebaut und weitere Maßnahmen zur Brandschutzgewährleistung werden in 2024 erledigt. 3,16 Mio € hat GGS in den Wirtschaftsplan eingestellt, um an allen Schulen Brandschutzmaßnahmen zu tätigen. **Herr Stähr** berichtet, dass in den Jahren 2021 und 2022 Brandschauen an allen Schulen stattfanden und die in den Protokollen genannten Mängel durch GGS abgearbeitet werden. In 2024 werden an der Grundschule Wiesenhof parallel zu den DigitalPakt-Arbeiten Brandschutzmaßnahmen wie z. B. Sicherheitsbeleuchtung und Brandmelder ertüchtigt.

Auf Nachfrage von **Frau Heide** gibt **Herr Stähr** an, dass für die Grundschule Wiesenhof Außentreppen eine Lösungsmöglichkeit sind und i. S. des Brandschutzes die Umwandlung von Treppen in ein Treppenhaus in Angriff genommen wird. Für **Herrn Burkhart** ist es unverständlich, dass erst nun Maßnahmen an allen Schulen ergriffen werden.

Herr Lagumdzie teilt mit, dass neben der Brandschutzgewährleistung seine Schule mit drohender Fünfüzigkeit, Raumnot, einer zu kleinen Mensa und einer zu geringen WC-Anzahl vor weiteren Herausforderungen steht und drängt auf eine zügige Erledigung, auch i. S. von Schüler- und Elternschaft. Zum Hinweis von **Herrn Hager** auf wachsende Schülerzahlen – auch an anderen Schulen – verweist **Herr Schönfelder** auf die beschlossene Gründung einer neuen Grundschule, wofür auch schon Haushaltsmittel eingeplant waren. Weil man wirtschaftlich wegen des Brandes an der Marion-Dönhoff-Schule eingebremst wurde, hatte man zunächst versucht, mit der Änderung der Einzugsbereiche Entspannung zu schaffen. Notfalls muss man auf Unterrichtscontainer ausweichen. **Herr Bulla**, **Herr Burkhart**, **Frau Prinz** und **Herr Cottin** fordern angesichts der geschilderten Herausforderungen ein zügiges Handeln, insbesondere zu den Aspekten Inklusion und Ganzttag. **Herr Ehlers** äußert Unverständnis denen gegenüber, die damals dem Wirtschaftsplan zustimmten und hält die Schulabteilung personell für noch nicht ausreichend ausgestattet. **Frau Olt-**

manns regt eine Bedarfsabfrage zum Ganzttag an.

4.2 BBS - Information zu Arbeitsschutz/Unfallverhütung/Sicherheit

Herr Brandt erklärt, dass im September eine Brandschutz- und Evakuierungsübung stattfand. Daraufhin wurde durch die Schulleitung dringender Handlungsbedarf gemeldet, was besonders die Brandmeldeanlage und die elektroakustische Lautsprechanlage betrifft. Im Oktober war er mit GGS vor Ort, um diese Anlagen zu testen. Im Gebäude 62 muss die ELA ersetzt werden. Geklärt werden zzt. auch die Kommunikationsprobleme zwischen den Anlagen im Alt- und im Neubau.

Weiter weist **Herr Brandt** auf eine Besichtigung des Fachbereiches Metall durch den GUV und die Arbeitssicherheitsfachkraft hin (Oktober 2023). Das Protokoll steht zwar noch aus, gleichwohl kann bereits mitgeteilt werden, dass viele Maschinen weiter genutzt werden können. Die BBS hatte bereits zuvor selbst aus Sicherheitsgründen Maschinen aus dem Betrieb genommen. Auch die neue Schweißwerkstatt wurde besichtigt.

Zum Arbeitsschutz und zu Gefährdungsbeurteilungen finden regelmäßig Sitzungen des BBS-eigenen Arbeitsschutzausschusses statt, an denen auch der Schulträger teilnimmt.

Bei den Elektrogeräten gibt es verschiedene Zuständigkeiten. Bei ortsfesten Elektrogeräten, so **Herr Brandt**, wird über den Fachbereich Bildung und Sport die Prüfung veranlasst. Bei ortsveränderlichen Geräten ist grundsätzlich der Fachbereich Organisation in der Verantwortung, dennoch hatte der Fachbereich Bildung und Sport auf Grund der Dringlichkeit eine höhere Anzahl von Geräten schon selbst prüfen lassen. Durch den Fachbereich Organisation erfolgt Anfang 2024 eine Ausschreibung, welche die Prüfung aller städtischen ortsveränderlichen Elektrogeräte beinhaltet. Allein bei der BBS beträgt die Anzahl dieser Geräte (ohne EDV) rd. 4.000.

Das Veterinäramt hat kürzlich die Ausbildungsküche begutachtet. Auch hierzu steht noch das Protokoll aus.

Frau Löbach nutzt die Gelegenheit, um sich im Namen der BBS für die Einrichtung der Schweißwerkstatt zu bedanken. Hinzu appelliert sie, künftig regelmäßig Prüfungen aller Elektrogeräte folgen zu lassen, damit nicht wieder kurzfristig Geräte aus Sicherheitsgründen aus dem System genommen werden müssen.

Herr Burkhardt spricht sich für eine Zentralisierung der Geräteprüfungen auf einer Stelle aus und hinterfragt die aktuelle Alarmierungssituation und die aus dem Betrieb genommenen Maschinen. **Herr Stähr** teilt mit, dass im Neubau neue BMA und ELA installiert sind und im Gebäude 62 mittels Megaphon alarmiert wird und mit der Feuerwehr und der BBS eine organisatorische Lösung abgestimmt wurde (nach Verlassen der Gebäude erfolgt Kommunikation zwischen den Sammelplätzen). **Herr Brandt** erklärt zu den Maschinen, dass z. T. schon Neuanschaffungen erfolgten.

4.3 Lernräume der Zukunft - Medienzentrum an der BBS/Sachstand

Herr Brandt verweist zunächst auf die frühere Vorstellung des Medienzentrums und teilt mit, dass die Förderung der Erstausrüstung fristgerecht beantragt wurde. Nach einer Ergänzung wartet man nun auf den Förderbescheid. **Herr Piossek** macht den Vorteil deutlich, dass man nun an einem Ort die Technik und Einrichtung vorhält und hierzu nicht in alle Schulen investieren muss. Alle Lehrkräfte und die gesamte Schülerschaft aus Wilhelmshaven können an die Technik herangeführt, die im Medienzentrum präsentiert wird. Geklärt werden, so **Herr Brandt**, müssen noch die Aspekte Wartung und personelle Betreuung. **Herr Bulla** wünscht die Information zum Projekt im Digitalisierungsausschuss.

Auf Nachfrage von **Herrn Burkhardt** erklärt **Herr Piossek**, dass die einzelne Nutzung durch die Schulen nach Bedarfen eingetaktet wird, viele Geräte nicht mobil nutzbar sind und das Medienzentrum auch eine Gelegenheit zur Vernetzung über die Schulgrenzen hinaus ist.

4.4 Schulentwicklungsplanung - Sachstand

Herr Brandt erklärt, dass am 17.01.24 die erste Begleitgruppensitzung stattfindet und daraus in der nächsten SchA-Sitzung berichtet wird. Zahlenmaterial – auch für die Prognosen – wird im Zusammenspiel zwischen der Fa. GEBIT, dem Fachbereich Bildung und Sport und dem Fachbereich Bürgerangelegenheiten aufbereitet. Die Fa. GEBIT hat nach den Schulbegehungen die Raumlisten erstellt. Zur Nachfrage von **Frau Prinz** gibt er an, dass die personelle Situation im Fachbereich Bildung und Sport zur verzögerten Lieferung von Zahlen führte.

Herr Bulla fragt, ob bereits im laufenden Prozess die Schulleitungen z. B. über mögliche Doppelnutzungen von Räumen informiert werden. **Herr Schönfelder** verweist auf die aktuelle Raumplanung der Grundschule Rheinstraße, bei der bereits auf solche Nutzungen geachtet wird. Ansonsten ist die Begleitgruppensitzung hierzu der Diskussionsort, u. a. auch für die Festlegung von Raumstandards.

4.5 Grundschule Rheinstraße - Nachmittagsbetreuung/Sachstand

Herr Schönfelder erinnert zunächst daran, dass die Betreuung bis zum Schulhalbjahresende beauftragt ist und zzt. 30 Kinder betreut werden. Die neue Ausschreibung wird für Sommer 2024 vorbereitet, auch mit der Perspektive Ganztags und mit einer größeren Anzahl zu betreuenden Kinder. Zur Überbrückung des zweiten Halbjahres wurden – vergaberechtlich zulässig – drei Anbieter für eine kurzfristige Angebotsabgabe angeschrieben. Er ist zuversichtlich, dass sich daraus eine Lösung bis zum Sommer ergibt.

4.6 Grundschule Rheinstraße - Ebertstr. 96/Sachstand

Herr Schönfelder führt aus, dass es noch keine endgültige Ratsentscheidung zur Flüchtlingsunterbringung gibt. Bis zum 29.02.24 wird das Gebäude noch für die Unterbringung benötigt. Mit dem ehemaligen Zollgebäude nennt er eine Unterbrin-

gungsalternative, die jedoch umfangreiche bauliche Maßnahmen erfordert, die wohl rd. 2 Millionen € Instandsetzungskosten verursachen. Die finanzielle Beteiligung des Bundes als Eigentümer wurde angefragt.

Herr Ehlers kritisiert deutlich die zeitliche Verzögerung, die zu Lasten der Grundschule geht. **Herr Schönfelder** verweist auf die erste Beschlussvorlage aus Herbst 2023, in der ein Umzug für Oktober vorgesehen war und die sich dann nach der Ministerpräsidentenkonferenz ergebende Alternative mit niedrigerer Mietbelastung in sechsstelliger Höhe. Darauf hatte die Verwaltung sehr schnell reagiert.

Herr Cottin hat den Eindruck, dass es oft etwas Wichtigeres als Schule, Kinder und Bildung gibt. **Herr Bulla** ist überzeugt, dass ein privater Investor schneller als die Verwaltung die baulichen Maßnahmen umsetzen kann.

4.7 Schülerehrung - Information

Herr Brandt teilt mit, dass die Schülerehrung auf Grund der personellen Situation erst Anfang des nächsten Jahres durchgeführt wird. Stand heute werden acht SchülerInnen geehrt.

4.8 Anfrage zu einem Presseartikel

Von einem Presseartikel (TAZ) zu einem angeblich rassistischen Vorfall in einer Wilhelmshavener Grundschule berichtet **Herr Ehlers**. **Herr Schönfelder** teilt mit, dass es keinen Rassismusvorfall gab, allenfalls wurde die Mutter einer Schülerin nicht rechtzeitig über einen Schulvorfall informiert. Die TAZ wurde durch die Polizei Wilhelmshaven ausführlich informiert, dennoch kam es zu dem angesprochenen Artikel.

Ende öffentlicher Teil

B Nichtöffentlicher Teil

Ende der Sitzung 17:35 Uhr

Schönfelder/Dezernent

Ehlers/Vorsitz

Hofmann/Protokollführung